

Nicht nur dagegen sein - Perspektiven demokratischer Protestkultur

Politischer Protest in der Demokratie hat es schwer. Nur wo es an Demokratie noch mangelt, ist das Anliegen des Protestes in der Regel klar: Das Ziel ist mehr Demokratie. Wo aber schon Demokratie herrscht, ist die Sache erheblich komplizierter.

Die meisten Proteste gegen demokratische Regierungen unterstützen entweder etablierte Oppositionsparteien, oder sie sympathisieren mit so genannten Protestparteien, die ebenfalls ihre Rolle im parlamentarischen System suchen. Protest dagegen, der nicht zugleich für eine politische Partei eintritt, steht in der Demokratie noch immer in schlechtem Ruf. Ihm haftet der Verdacht an, antidemokratisch zu sein. In der Tat verführt solcher Protest leicht dazu, den demokratischen Staat notfalls gewaltsam bekämpfen zu wollen, wie es beispielsweise separatistische Bewegungen immer wieder getan haben. Dass Separatisten vielfach nur eine Form politischer Freiheit einfordern, die ihnen von demokratischen Staaten aus schierem Eigeninteresse verwehrt wird, ändert an ihrem negativen Image bisher wenig.

Aber es sind natürlich nicht nur Separatisten, die gegen ihren demokratischen Staat außerparlamentarisch opponieren. Gegenwärtig tun dies auch Teile einer - vergleichsweise unbedeutenden - Antiglobalisierungsbewegung, und eine Generation zuvor tat es die Außerparlamentarische Opposition, die aus der viel stärkeren 68er-Bewegung hervorgegangen war. Sicher ist diese Bewegung mittlerweile ein Fall für Historiker, aber sie hinterlässt zumindest historische Einsichten, die weit über die Gegenwart hinaus gültig bleiben dürften. Sie hat gezeigt, dass es des entschlossenen Widerspruchsgeistes einer Generation bedarf, um Voreingenommenheiten einer Gesellschaft bewusst zu machen und um verkrustete Mentalitäten aufzubrechen, wie sie im Nachkriegsdeutschland lange konserviert worden waren. In dieser Hinsicht hat die 68er-Bewegung die Gesellschaft in der Tat in positivem Sinne verändert. Sie hat gezeigt, dass solche Veränderungen möglich, aber auch, dass sie kaum einfacher zu haben sind.

Die Grenzen alter Protestformen

Mehr allerdings als einen Mentalitätswandel hat diese Bewegung kaum geleistet, viel mehr hat sie nicht leisten können, und viel mehr hat sie, von kommunistischen Randgruppen einmal abgesehen, im Grunde auch nicht leisten wollen. Atmosphärisch hat sie die Gesellschaft verändert, sie hat deren Sprachgebrauch entrümpelt und sie hat das Selbstbewusstsein von Randgruppen verschiedenster

Art gestärkt, aber es fehlte ihr an tragfähigen politischen Inhalten.¹ Sie artikulierte zwar, wogegen sie politisch eintrat, aber sie konnte nicht präzisieren, wofür. Sie erschöpfte sich in utopischer Rhetorik und in politischen Detailforderungen wie dem Nulltarif für öffentliche Verkehrsmittel, aber sie konnte diese Gedankenstränge nicht in einem konkreten Gesamtkonzept zusammenführen. Diese Bewegung war getragen von einem Geist des Aufbruchs, aber sie blieb dennoch weit hinter ihrem selbstgesetzten Anspruch zurück, politische Phantasie an die Macht zu bringen. Sie war daher auch nicht in der Lage, der neokonservativen Stagnation des politischen Denkens in den nachfolgenden Dekaden vorzubeugen.

Ein historisches Lehrstück bleibt diese Bewegung dennoch. Sie hat gezeigt, dass es eines spontanen, zunächst von einer Minderheit ausgehenden Widerspruchs bedarf, um einen Aufbruch des Zeitgeistes und einen überfälligen Mentalitätswandel ins Werk zu setzen, und auch, dass eine solche Entwicklung nicht als schleichende Veränderung vonstatten geht. Solche Entwicklungen kommen in Schüben.

Ein Lehrstück ist die 68er-Bewegung aber auch dafür, wie wenig bleibende Veränderungen eine Rebellion bewirkt, wenn es ihr an Inhalten mangelt. Eine nur spontane, unreflektierte und insofern letztlich doch naive Protestkultur, wie sie dieser Bewegung noch zu eigen war, könnte daher den politischen Herausforderungen kommender Generationen nicht mehr gerecht werden. Nachhaltige, über das Atmosphärische hinausgehende Wirkung könnte nur ein weiterentwickelter außerparlamentarischer Protest entfalten, der nicht mehr nur Mentalitäten in Frage stellt und nicht mehr nur für politische Inhalte mit kurzer Verfallszeit steht. Eine solche fortgeschrittene Protestkultur sollte sich eher an politische Ziele halten, an denen die parlamentarische Demokratie bisher systematisch gescheitert ist.

Indizien für eine neue Protestkultur?

Fortschritte der Protestkultur kommen sicher nicht über Nacht. Sie kommen schon gar nicht mit einer Generation, für die Widerspruch allenfalls die Abwendung vom Widerspruchsgeist der vorherigen ist, einer Generation etwa, deren Selbstverständnis in Deutschland mit dem Schlagwort der „Generation Golf“ beschrieben wurde.² Es gibt aber immerhin erste Anzeichen dafür, dass die Zeit für eine solche neue Protestkultur langsam reifen könnte. Ein Anzeichen hierfür könnte die zunehmende Erstarrung jener Sprache sein, in der demokratische Politik sich selbst bespiegelt und sich der Öffentlichkeit darstellt. Die sich ausbreitende Politikverdrossenheit ist auch ein Überdruß an dieser Sprache, die mittlerweile ähnlich unglaubwürdig zu werden scheint, wie vormals die Sprache der untergehenden sozialistischen Regime unglaubwürdig geworden war. Wenn aber die politische Sprache versagt, wenn man über Politik nicht mehr glaubwürdig

¹ S. hierzu beispielsweise die lebendige Schilderung einer Lehrlingsrevolte jener Zeit in: Otmar Hitzelberger, Schritt für Schritt ins Paradies, Frankfurt 2003

² S. hierzu Florian Illies, Generation Golf. Eine Inspektion, Berlin 2000.

kommunizieren kann und die Bürger daher immer schwerer noch für politisches Engagement zu gewinnen sind, dann ist selbst die gegenwärtige apathische Politikverdrossenheit nur noch ein kurzlebiges Übergangsstadium. Die temporäre Zufriedenheit darüber, dass vieles früher noch viel schlechter war und anderswo noch immer viel schlechter ist, weicht dann der Frage, was in Zukunft politisch möglich sein könnte. Die Frage wird dann sein, wie die politischen Maßstäbe neu, nämlich viel höher gesetzt werden könnten und ob die Demokratie, wie sie ist, solchen neuen Maßstäben überhaupt noch gerecht werden kann. Dies aber wäre dann schon eine weit fortgeschrittene Form des politischen Widerspruchs.

Noch ist natürlich alles ganz anders. Noch sieht sich vor allem das Gros der Bildungsbürger gegenüber dem Staat, wie er ist, in der Pflicht, und noch ist auch die Wirtschaftselite, wie es meistens der Fall war, eine Stütze des etablierten Systems. Demokratieskepsis breitet sich aus, aber vorerst scheint dies eher ein Unterschichtenphänomen zu sein, eine Angelegenheit vor allem von Modernisierungs- und Globalisierungsverlierern und anderen gesellschaftlichen Randgruppen. Auf lange Sicht aber dürften politische Sprachlosigkeit, ideologische Erstarrung und die Aushöhlung demokratischen Engagements doch auch in anderen sozialen Schichten ihre Wirkung tun. Auf noch längere Sicht könnte hieraus schließlich eine nicht nur weiter entwickelte, sondern auch weit verbreitete Protestkultur hervorgehen, die nicht davor Halt macht, die bestehende Demokratie in Frage zu stellen.

An konkreten Forderungen, deren eine solche Protestkultur sich anzunehmen hätte, fehlt es nicht. Am Anfang könnte die Forderung stehen, dem Überdruß an politischen Parteien oder am bestehenden Staat eine Stimme in demokratischen Wahlen zu geben, eine so genannte Proteststimme also, die parteien- und demokratieskeptischen Bürgern die politische Verweigerung ersparen würde.³ Daneben könnte die Forderung stehen, einen dauerhaft tätigen Verfassungsrat einzurichten, der die Demokratie, wie sie ist, dauerhaft auf den Prüfstand stellt und sie dauerhaft an konkreten Alternativen misst. Mit solchen Forderungen würde eine fortgeschrittene Protestkultur letztlich auch Wege zu neokratischen Systemalternativen eröffnen.

04 – 2008

www.reformforum-neopolis.de

³ S. hierzu auch *Politisches Engagement oder Verweigerung – was nützt dem Fortschritt der Demokratie?* in www.reformforum-neopolis.de.